



Antrag I 1

Antragsteller: Frauengruppe

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**

Annahme als Arbeitsmaterial

Betrifft: Bedarfsorientierte Berufsbekleidung/Uniform

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass sich der GBV dafür einsetzt, dass eine bedarfsorientierte Berufsbekleidung / Uniform in der Bundespolizei / Zoll / BAG entwickelt und beschafft wird.

Begründung:

Die Kolleginnen und Kollegen in der Bundespolizei / Zoll / BAG sind in vielfältigen Aufgabenbereichen eingesetzt und die PDV 014, die zwar überarbeitet wurde, stellt sich in vielen Bereichen als sehr starre Polizeidienstvorschrift dar.

Der Migrationseinsatz 2015 / 2016 zeigte auf, dass durch die Länge des Einsatzes wie auch durch die Witterungsbedingungen das Ausstattungssoll festgestellte Mängel aufweist. Es sollte über die zusätzliche Beschaffung von zweckmäßiger Kleidung für die kältere Jahreszeit z.B. Kleidung mit Schalfunktion nachgedacht werden. Bsp. Rollkragenpullover, Fleecejacke usw.

Da nicht jede/r PVB/PVB'in allumfassend Uniformkleidung benötigt, sollte nach einem Grundbedarf bestimmte Kleidung bedarfsabhängig anforderbar sein.

(z.B. Einzeldienst - 2 MZA-Hosen)

Weitere Erläuterungen ggfs. mdl.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag I 2

Antragsteller: Junge GRUPPE

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**

Annahme

Betrifft: Bessere persönliche Ausstattung

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass verstärkt auf eine bessere persönliche Ausstattung der Führungs- und Einsatzmittel der eingesetzten Polizeivollzugsbeamten eingewirkt wird. Hier insbesondere eine der aktuellen Gefahrenlage angepasste Schutzausstattung in Form von besseren taktischen Westen und eine konsequente Versorgung der versprochenen 2. Magazine als persönlicher Bestand.

Begründung:

Mit dem Aufbau der BFE+ aber vor allem mit der flächendeckenden KLE-Schulung hat das BPOL-Präsidium signalisiert, dass man die terroristische Gefahr ernst nimmt und die Kolleginnen und Kollegen an der Basis „krisenfest“ machen will. Die Absicht in allen Ehren, mangelt es aber an der Sachausstattung. Es ist hinlänglich bekannt, dass die Schutzausstattung im persönlichen Bereich, sowie die Fahrzeuge nicht für derartige Situationen geeignet sind. Vielmehr ist die Bundespolizei nicht in der Lage das zweite Magazin an den „Mann und die Frau“ zu bringen. Auch die Langdistanzwaffen sind schlicht zu alt. Andere Länderpolizeien rüsten in dem Bereich bereits auf. Gerade da die Bundespolizei an den neuralgischen Punkten (Flughäfen, Bahnhöfen) die als potentielle Anschlagziele gelten tätig ist, ist es alternativlos die Kolleginnen und Kollegen hier aus Fürsorgegründen entsprechend schützt und ausrüstet.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag I 3

Antragsteller: BZG Zoll

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**

Annahme

Betrifft: Uniform in den BAG-Kontrolldiensten

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass sich der GdP-Bezirk Bundespolizei dafür einsetzt, dass in den BAG-Kontrolldiensten eine Uniform mit Rangabzeichen eingeführt wird.

Begründung:

Die Kontrolldienste des Bundesamtes für Güterverkehr (BAG) üben spezialpolizeiliche Aufgaben aus.

Zur sichtbaren Abgrenzung zu privaten Sicherheitsunternehmen sollten die Kontrolleurinnen und Kontrolleure des BAG mit einer repräsentativen Dienstkleidung ausgestattet werden.

Insbesondere die Einführung und das öffentliche Tragen von Rangabzeichen unterstreicht dabei noch einmal deutlich, dass es sich bei den Kontrolleurinnen und Kontrolleuren des BAG nicht um Mitarbeiter ohne weiterführende Befugnisse handelt.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag I 4

Antragsteller: Frankfurt Flughafen

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**

Nichtbefassung

Betrifft: Moderne Bekleidung – Einführung Poloshirt

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, sich der GdP-Bezirk Bundespolizei für die Einführung von Polo-Shirts als Ausstattungsalternative zum Diensthemd und Fleece Jacken stark macht.

Begründung:

Wir nehmen als GdP-Direktionsgruppe aufgrund der sehr intensiven europäischen Zusammenarbeit - nicht zuletzt im direkten Austausch mit Kolleginnen und Kollegen von Flughafendienststellen aus anderen Ländern - wahr, dass bei anderen europäischen Polizeien, die mit der Bundespolizei vergleichbar sind, Bekleidungsstücke zur Anwendung kommen, die als modern und zeitgemäß beurteilt werden.

Die o. a. beiden Bekleidungsstücke sind u. E. als zweckmäßig und attraktiv anzusehen und würden auch im Berufsalltag für ein Stück mehr Anziehungskraft in der Akzeptanz von Bekleidung beitragen helfen.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag I 5

Antragsteller: Junge Gruppe

Empfehlung der
Antragsberatungskommission:

Annahme

Betrifft: Beschaffung von Winterstiefeln

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass sich der GBV dafür einsetzt, dass für die Beschäftigten der Bundespolizei Winterstiefel beschafft werden.

Begründung:

Die Beschäftigten der Bundespolizei verfügen über keinerlei Winterschuhe. Bei den Stiefeln, welche den Beamten zur Verfügung gestellt werden handelt es sich um Einsatzstiefel, welche keine Fütterung besitzen, so dass die Beschäftigten über kalte Füße klagen. Da sie aber einen großen Teil ihres Dienstes, auch in den Wintermonaten, draußen verrichten ist angemessenes Schuhwerk unentbehrlich.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag I 6

Antragsteller: DG Hannover

Empfehlung der Antragsberatungskommission:

Annahme in geänderter Fassung: ..., dass die Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten der BPOLD'en einschließlich der Anwärterinnen und Anwärter mit einem zweiten Einsatzanzug ausgestattet werden.

Betrifft: Ausstattung mit zweitem Einsatzanzug

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass die Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten der BPOLD'en mit einem zweiten Einsatzanzug ausgestattet werden.

Begründung:

Problemdarstellung:

Die PVB nehmen regelmäßig an Einsatzanlässen teil. Diese Einsätze beschränken sich nicht nur auf eintägige Anlässe. Gerade die Einsätze im süddeutschen Raum (Flüchtlingskrise) oder der G-20 Gipfel sind hierbei zu nennen. Unabhängig von einer normalen Verschmutzung beim regulären Tragen kommen weitere Verschmutzungen bei extremen Einsatzanlässen hinzu. (beispielsweise: Farbangriffe, Einsatz in "Aufnahmелagern", ???, etc.)

Forderung:

Die Ausstattung mit einem zweiten Einsatzanzug ist unumgänglich.

Über die konkreten Bedarfsträger, z.B. BPOLI'en, Dienstgruppen, Ermittlungsdienste, PVB aus dem Stäben möge der Bezirksvorstand entscheiden.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag I 7

Antragsteller: DG Hannover

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**

Nichtbefassung

Betrifft: Persönliche KSA für alle PVB

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass die Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten eine persönlich zugewiesene Körperschutzausstattung erhalten

Begründung:

Problemdarstellung:

Derzeit besteht bei den BPOLIn eine Poolausstattung mit Körperschutzausstattungen (KSA). Diese KSA sind nach dem Tragen im Einsatz (oder der Fortbildung ???) verreckt und verschwitzt. Hiernach werden die KSA dem nächsten PVB zugewiesen.

Bei den BPOLIn werden diese KSA in bestimmten Intervallen gereinigt. Eine zeitnahe, direkte Reinigung nach jedem Einsatz ist nicht gegeben.

Forderung:

Aus hygienischen Gründen ist eine persönliche zugewiesene KSA unumgänglich.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag I 8

Antragsteller: Akademie

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**

Annahme in geänderter Fassung: ...,
dass alle PVB mit Unterzieh-
schutzwesten als persönlich
zugewiesene Schutzausstattung
ausgestattet werden.

**Betrifft: Beschaffung von Unterzieh-
/Überziehschutzwesten für alle Stamm-PVB in
den BPOLAFZ**

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass die GdP, Bezirk BPOL, sich dafür einsetzt, dass alle PVB aus dem Stammpersonal der gesamten BPOLAK, insbes. aber den BPOLAFZ, zukünftig analog ihrer KollegInnen im operativen Dienst mit Unterzieh- bzw. Überziehschutzwesten als persönliche zugewiesene Schutzausstattung ausgestattet werden.

Begründung:

Die Zeiten, in denen die o.g. Kolleginnen und Kollegen den Dienst nur innerhalb der eigenen Liegenschaft versehen haben, sind lange vorüber.

Zum einen gibt es PVB/innen, die alleine im Regeldienst schon tagtäglich Außenwirkung entfalten (z.B. Fahrlehrer/innen). Zum anderen steht jedem/jeder uniformierten PVB/in die unentgeltliche Beförderung mit der Deutschen Bahn AG zu.

Möchte sich dieser betroffene Personenkreis bisher adäquat i.S.d. LF 371 eigensichern, ist er auf Westen aus einem Pool des BPOLAFZ angewiesen. Hier kommt es nicht selten dazu, dass gängige Größen vergriffen sind.

Hinzu kommt, dass das Stammpersonal aus den BPOLAFZ und der BPOLAK die vermehrt aus der Einsatzorganisation zu bestimmten Anlässen Unterstützung gebeten wird. Dabei kommt es immer wieder zu Engpässen mit der sog. Poolware, so dass den eingesetzten Stammbeamten keine bzw. nicht adäquat passende Schutzwesten zur Verfügung standen. Zuletzt war dies bei der Unterstützung beim G20-Gipfel in Hamburg der Fall.

Unserer Auffassung nach muss eine Schutzweste genauso zur persönlich-zugewiesenen Schutzausstattung gehören, wie die eigene Schusswaffe P30, Handfesseln oder weitere FEM.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag I 9

Antragsteller: BZG Zoll

Empfehlung der
Antragsberatungskommission:

Annahme

Betrifft: Eigensicherung in den BAG-Kontrolldiensten

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass der GdP-Bezirk Bundespolizei seine bisherige Unterstützung zur Schaffung einer geregelten Eigensicherung in den BAG-Kontrolldiensten im politischen Raum verstärkt und insbesondere der Vorstand auf die zuständigen Fachpolitiker und das Verkehrsministerium (BMVI) gezielt einwirkt.

Begründung:

Nach wie vor besteht in Deutschland eine angespannte Sicherheitslage, die sich auch auf die Kontrollen des Bundesamtes für Güterverkehr (BAG) auswirkt.

Da die Kontrolleurinnen und Kontrolleure des BAG nicht nur LKW auf ca. 40.000 km Bundesstraßen und Autobahnen, sondern zukünftig auch im Rahmen der Infrastrukturabgabe (PKW-Maut) PKW kontrollieren werden, ist der Eigenschutz ein ganz zentrales und dringendes Thema.

Auch wenn die Politik zwischenzeitlich den Handlungsbedarf nicht nur erkannt, sondern auch anerkannt und bereits erste Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt hat, bleibt festzustellen, dass die Leitungen des Bundesverkehrsministeriums sowie des BAG sich schwertun, eine angemessene und sachorientierte Eigensicherung in den Kontrolldiensten zu etablieren.

Um hier den notwendigen Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen überhaupt erst zu ermöglichen und sie damit vor möglichen körperlichen Schäden zu bewahren, bedarf es eines zeitnahen, gezielten und eindringlichen Wirkens auf die politisch und ministeriellen Verantwortlichen.

Die Fachgruppe GVP (BAG) benötigt breite Unterstützung, damit die Eigensicherung in den BAG-Kontrolldiensten schnellstmöglich eingerichtet wird.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag I 10

Antragsteller: DG Küste

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**

Annahme

Betrifft: Konzept für die Ausstattung der Inspektionen mit Dienst-Kfz

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass für die Beschaffung von Dienst- Kfz ein nachvollziehbares Konzept erstellt wird.

Begründung: Die Inspektionen benötigen Streifenfahrzeuge des Typs 21, 31 und 31gl. zur Erfüllung ihrer Aufgaben, die entsprechend motorisiert sind und auch ausreichend Platz für die mitzuführenden FEM haben. Die FEM-Ausstattung die im Streifendienst mitzuführen ist, wird immer mehr. Aufgrund der aktuellen Sicherheitslage sind neben den FEM für den normalen Streifendienst (Grenze/Bahn) zusätzlich die MP5 sowie die Überziehschutzwesten mitzuführen. Zukünftig sollen noch ballistische Schutzhelme zu den ÜZSW mitgeführt werden.

Dies stellt die Inspektionen vor Problemen bei der derzeitigen Dienst-Kfz Ausstattung.

Die bisherigen Erfahrungen mit den Dienst-Kfz des Typs 21, Mercedes B-Klasse und dem Opel Zafira haben gezeigt, dass diese über nicht ausreichend Stauraum für die mitzuführenden FEM verfügen. Zudem sind die MP5-Fächer so angebracht, dass bei einem Einsatz ein schnellstmöglicher Zugriff auf die MP5 nicht möglich ist.

Nach Rücksprache mit den Kollegen im Streifendienst haben sich bisher als sinnvolles Dienst-Kfz des Typs 21 der VW Passat und als Dienst-Kfz des Typs 31/31gl der VW T6 bzw. der Mercedes Vito herausgestellt.

Von den Kollegen wird zudem beklagt, dass der Fahrersitzbereich durch den Einsatzgürtel sehr beengt ist. Dies trifft auf fast alle vorhandenen Streifenfahrzeuge zu! Bisher ist es so, dass bei jeder Neuauslieferung von Streifenfahrzeugen, gerade bei dem Typ 21, ein Modellwechsel mit sich führt.

Beispiel:

VW Passat wird ausgesondert und als Ersatz wird ein Mercedes B-Klasse ausgeliefert.

Diese Fahrzeuge sind von ihrem Aufbau nicht vergleichbar Die FEM die in einem VW Passat mitgeführt werden, können in der Form nicht in einem Mercedes B-Klasse mitgeführt werden.

Dadurch ist es für die Inspektionen nicht einfach ein einheitliches und schlüssiges Konzept für die Mitnahme von FEM in den Dienst-Kfz umzusetzen

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag I 11

Antragsteller: BZG Zoll

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**

Annahme

Betrifft: Ausbau von Telearbeit und Einführung von mobilem Arbeiten im BAG

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass sich der GdP-Bezirk Bundespolizei dafür einsetzt, dass im BAG die Möglichkeiten zur Nutzung von Telearbeit und dem mobilen Arbeiten vorangebracht werden.

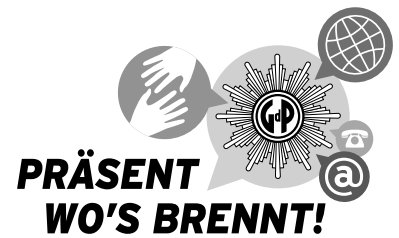
Begründung:

Das Bundesamt für Güterverkehr nimmt für sich in Anspruch eine moderne Verwaltung in Verbindung mit der Anerkennung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sein. Um diese beiden Ansprüche besser miteinander zu verzahnen, damit die Flexibilität des Arbeitens im Sinne der Beschäftigten erhöht werden kann, ist es unerlässlich die Telearbeit im BAG in so vielen Bereichen wie möglich auszubauen.

Mit Hilfe moderner Kommunikationsmittel ist darüber hinaus auch ein mobiles Arbeiten mit flexiblen, individuellen sowie familientauglichen Arbeitszeiten, zu entwickeln. Mit einer solchen Strategie kann es auch den öffentlichen Arbeitgebern gelingen, Nachwuchskräfte zu gewinnen und zu halten, da der Trend zur individuellen und selbstbestimmten Gestaltung der Arbeitszeiten ungebrochen ist. Teil dieser Entwicklung im BAG muss dabei sein, die Antragshürden für ein solches Modell niedrig zu halten.

Parallel muss es gelingen, insbesondere den Kolleginnen und Kollegen die nicht mehr Außendiensttauglich sind, den Weg in die Telearbeit oder ein mobiles Arbeiten in anderen Aufgabenbereichen zu ermöglichen. Damit wird die langjährige Berufserfahrung dieser Kontrolleurinnen und Kontrolleure im BAG gehalten und gleichzeitig diese Kolleginnen und Kollegen vor einem möglichen sozialen Abstieg, auf Grund gesundheitlicher Beeinträchtigungen, bewahrt.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Antrag I 12

Antragsteller: BZG Zoll

Empfehlung der
Antragsberatungskommission:

Annahme

Betrifft: Waffen- und Sprengstoffspürhunde beim Zoll

Der 6.Ordentliche Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei möge beschließen, dass sich der GdP-Bezirk Bundespolizei für die Beibehaltung und den Ausbau der Waffen- und Sprengstoffspürhunde beim Zoll einsetzt.

Begründung:

Die Bundeszollverwaltung unterhält Spürhunde für die unterschiedlichen Einsatzbereiche (Artenschutzspürhund, Tabakspürhund, Rauschgiftspürhund, Waffen- und Sprengstoffspürhund etc.).

Die Bundeszollverwaltung beabsichtigt (bereits entschieden) die Abschaffung von Waffen- und Sprengstoffspürhunden, da die Aufgabe der Luftsicherheit eine Aufgabe der Bundespolizei sei. Dort sind u.a. bislang auch Waffen- und Sprengstoffspürhunde des Zolls eingesetzt worden.

Originäre Aufgabe des Zolls ist u.a. die Bekämpfung des Waffen- und Sprengstoffschmuggels über die Grenze (Bannbruch). In diesem Bereich hat der Zollfahndungsdienst die Ermittlungskompetenz. Ohne geeignete und ausgebildete Spürhunde ist die Aufgabe nicht zu bewältigen.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |